

Wirtschaftsnachrichten im Februar 2008

Hans D. Barbier und die Systemfrage

Barbier ist Vorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung. In der FAZ hat er unter der Rubrik „Zur Ordnung“ seine wöchentliche Kolumne. Diesmal wendet er sich der Systemfrage zu. Auch er hat erkannt, wohin die Reise geht. Mit Sorge registriert er, daß die Globalisierung von immer breiteren [Schichten](#) abgelehnt wird.

Er konstatiert, daß die in deutschen Parlamenten vertretenen Parteien bisher einig waren, daß auch die Arbeiterschaft in allen Ländern von der Globalisierung profitieren würde. Dieser Konsens gehe nun verloren. Daß bislang Einigkeit über die angeblichen Vorzüge der Globalisierung bestanden hat, wirft auf Parteien und Parlament allerdings ein denkbar schlechtes Licht. Denn man hat offenkundig 15 Jahre lang die realen Einkommensminderungen, die steigende Arbeitslosigkeit und die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten ignoriert.

Jetzt lamentiert Barbier darüber, daß die Manager einen gravierenden Ansehensverlust erleiden, öffentlichen Verdächtigungen und Beschimpfungen ausgeliefert sind, für Massenentlassungen verantwortlich gemacht werden und um ihre hohen Einkünfte beneidet werden. Die Tatsache, daß man einen der größten von ihnen, Herrn Zumwinkel, vor laufender Kamera verhaftet und zur Vernehmung gezerzt hat, läßt ihn um die Zukunft des Systems fürchten. Solche öffentlich gemachten Verhaftungen sollten seiner Meinung wohl den normalen Kriminellen oder Polittätern vorbehalten bleiben, die sich nicht mit einer Kaution von 4 Mio. Euro freikaufen können.

Renationalisierungen

Die Stadt [Hamburg](#) ist Großaktionär bei der Norddeutschen Affinerie (NA) geworden, dem in Hamburg beheimateten größten Kupferproduzenten Europas. Sie erwarb 5 Prozent des Kapitals plus eine Aktie für insgesamt 59 Millionen Euro.

Von den Lobbyisten des internationalen Kapitals, wie der FAZ z.B., wird der Stadt-Staat deswegen gescholten. Sie ist nun Miteigentümer bei der Beiersdorf AG, bei EADS und bei der genannten Norddeutschen Kupferhütte. Und den Hamburger Hafen will die Stadt auch nicht zur Gänze an das internationale Kapital abliefern.

Wo sollte die Internationale des Kapitals denn in Zukunft ihre Rendite abkassieren, wenn der Staat die profitablen Geschäfte wieder selbst abwickeln wollte?

Verlustschätzungen aus der Finanzmarktkrise im Februar 2008

[Standard](#) & Poor's (S&P) befürchtet **Verluste** im Zusammenhang mit Wertpapieren, die mit zweitklassigen Hypotheken besichert sind, **von mehr als 265 Milliarden Dollar**. Weiterhin hat die Rating-Agentur die vorhandenen US-Kreditverbriefungen um mehr als 500 Milliarden Dollar im Wert zurückgestuft.

Seit Jahresbeginn hat der Dax nun 16 Prozent verloren. Der amerikanische Aktienindex S&P 500 liegt mit 7 Prozent im Minus.

John Ryding, Chefökonom für Amerika bei Bear Stearns in New York. „Wir steuern auf größere Inflationsprobleme zu.“ Im Euro-Raum zog die Teuerungsrate im Januar an. Nach einer Vorausschätzung von Eurostat erreichte sie 3,2 Prozent nach 3,1 Prozent im Dezember. Nur eine Minderheit der Ökonomen hatte eine weitere Beschleunigung erwartet. In Deutschland ging die Inflationsrate im Januar nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes auf 2,7 Prozent zurück.

Der [Internationale](#) Währungsfonds schätzt die Subprime-Verluste der Finanzhäuser weltweit auf **rund 400 Milliarden Dollar**.

Die Weiterentwicklung der Finanzmarktkrise

Die langfristigen realen Zinsen werden nach Berechnungen der Investmentbank Morgan Stanley auf den [niedrigsten](#) Stand seit mindestens 25 Jahren gedrückt. Das hat zur Folge, daß nach dem Abklingen der Finanzmarktkrise das niedrige Zinsniveau im zweiten Halbjahr zu einem „enthusiastischen Anstieg“ der Preise von riskanten Vermögenswerten wie zum Beispiel Aktien führen wird. Davon ist Stephen Jen von Morgan Stanley überzeugt.

Jen sagt voraus, daß im zweiten Halbjahr Kapitalzuflüsse in Richtung Vereinigte Staaten den derzeit schwächelnden Dollar stabilisieren und aufwerten werden. Das niedrige Niveau der Realzinsen werde die „Jagd nach Rendite“, die als eine der Ursachen für die aktuelle Kredit- und Bankenkrise gilt, schon bald wiederaufleben lassen. Ein niedriges Zinsniveau wird viele institutionelle Anleger dazu zwingen, in höher rentierliche Anlagen zu investieren; nur so können sie die Renditeversprechen einlösen, die sie den Anlegern gegeben haben.

IKB benötigt nochmals 2 Mrd. Euro

Es ist die [dritte](#) Rettungsaktion. Seit dem vergangenen Sommer haben Privatbanken, Sparkassen und KfW mit Garantien von insgesamt gut sechs Milliarden Euro unter die Arme gegriffen. Fast fünf Milliarden Euro davon trägt alleine die staatliche KfW, die knapp 38 Prozent an der IKB hält.

IKB, erwartet von den privaten Banken zusätzliches Engagement. Die lehnen dies kategorisch ab. Die KfW selbst hat keine Reserven, zusätzliches Geld zu geben. Ihr Reservefonds in Höhe von 5,3 Mrd. Euro ist ausgeschöpft. Sie bräuchte jetzt dringend 2 Mrd. Euro zusätzliches Eigenkapital – natürlich aus Steuermitteln. Wenn sie Teile ihres Eigenkapitals zur Sicherung hinterlegt, müßte sie ihre ursprüngliche Aufgabe, die deutsche Wirtschaft zu fördern, einschränken.

Wie viele Milliarden die IKB letztlich benötigt, weiß keiner der Experten. Das Gesamtrisiko wird auf über 15 Milliarden Euro geschätzt.

Staat und Bankensystem sind am Ende. Es ist keine Lösung in Sicht.

Die französische Großbank Société Générale hat einen Weg gefunden. Sie will ihr Eigenkapital um 5,5 Milliarden Euro erhöhen. Die neuen Aktien werden mit einem Kursabschlag von 40% zum Preis von 47,50 Euro angeboten. Wäre das vielleicht eine Möglichkeiten auch für die IKB? Neu Aktien?

Wer würde sie kaufen? Die bisherigen Eigentümer an der IKB, die KfW (38%), der zweitgrößte Anteilseigner ist die Stiftung Industrieforschung, der drittgrößte ist die Kölner Bank Sal. Oppenheim. Alle Eigentümer aus dem Sektor der Privatbanken weigern sich, ihre Kapitalanteile zu erhöhen, weil sie darauf lauern, die bankrotte insgesamt IKB zum Schrottpreis übernehmen zu können. Das kommt im bisherigen Verhalten der „Privaten“ ganz deutlich zum Ausdruck: Die KfW mit ihrem Anteil von 38% hat von den insgesamt eingebrachten Sicherungszusagen in Höhe von 6,15 Mrd. Euro 83% erbracht, die restlichen 62% Eigenkapitalbesitzer haben demzufolge nur 17% erbracht.

Momentan fehlen 2 Mrd. Euro, die zusätzlich zu den bereits erbrachten 6,15 Mrd. aufgebracht werden müssen.

An den Finanzmärkten nehmen die Sorgen zu, daß die IKB Deutsche Industriebank ihre [Anleihen](#) und sonstigen Verbindlichkeiten zumindest zum Teil nicht tilgen können.

Der gesamte Finanzierungsbedarf für die IKB beträgt 1,5 Milliarden Euro. Der Bund zahlt 1 Mrd. Euro, die [fehlenden](#) 500 Millionen Euro sollen die übrigen Gruppen des deutschen Bankensystems tragen.

Wer zahlt die 5 Mrd. Euro Verluste der [West LB](#)?

Die FAZ antwortet klar: „Der Steuerzahler, und zwar in Gänze.“¹ Die Eigentümer ist das Land Nordrhein-Westfalen mit 38 %, die Sparkassen des Landes mit 50,2% und die Landschaftsverbände mit 11,8%.

Versicherungen werden in die Finanzmarktkrise hineingezogen

Der nach Börsenwert größte Versicherungskonzern der Welt, American International Group Inc. ([AIG](#)), New York, erlitt am Montag den 11.02.08 einen Einbruch seines Aktienkurses um 10%. Es hatte sich herausgestellt, daß seine Kreditausfallversicherungen für die komplexen Hypothekenanleihen fehlerhaft, also zu niedrig sind. So wie AIG, geht es im Prinzip natürlich allen Versicherungen. Man braucht sich ja nur die Frage stellen, wer die mehrfach verpackten und verbrieften Wertpapiere aus dem US-Hypothekengeschäft gekauft hat? Das waren doch auch und sogar zum großen Teil Versicherungsunternehmen!

Sie glauben aber, ihre Papiere, deren Wert auf dem heutigen Markt immens gesunken sind, nicht wertberichtigen zu müssen, weil sie erst sehr viel später (langfristig) fällig werden. Dann sollte deren Wert wieder gestiegen sein – so hoffen sie.

Wer hilft den Banken aus der Kapitalklemme?

Es geht jetzt nicht mehr um die Liquiditätsklemme. Daß daran keine Bank zugrunde ging, dafür haben die Notenbanken mit ihren fortwährenden Kreditspritzen gesorgt. Es geht jetzt in der Phase danach um die Kapitalverluste aus der Finanzmarktkrise. Sie reduzieren das Eigenkapital der Banken und damit die Möglichkeit, Kredite zu vergeben, mit denen die Banken ihre Gewinne erzielen.

Die amerikanischen Großbanken haben nach Angaben der Ratingagentur Standard & Poor's in den vergangenen Monaten frisches Kapital im Volumen von **102 Millionen Dollar aufgenommen**. Der größte Teil der Gelder kommt von den Staatsfonds aus dem Nahen und Fernen Osten. Die sind jetzt Miteigentümer bei den großen US-Banken. Der Globalkapitalismus verschiebt die Kräfteverhältnisse auf der Welt. Was das angloamerikanische Großkapital in Deutschland in den letzten anderthalb Jahrzehnten praktiziert hat, den Aufkauf der deutschen Wirtschaft, das erfahren sie jetzt „am eigenen Leib“. Das Eigentum ihrer Finanz- und Produktivunternehmen geht in die Hände derjenigen über, die aus ihren Exportüberschüssen die dafür nötigen Mittel angesammelt haben.

Die erzwungene Rekapitalisierung – so der Fachausdruck – wird auch an den deutschen und europäischen Banken nicht vorbeigehen. Es geht hier nur noch um die Frage, in welcher Rechtsform sie über die Bühne gehen wird. Momentan² denken die Manager der „Finanzdienstleister“ über die Ausgabe von Wandelanleihen und Aktien ohne

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.02.2008 Seite 9.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.02.2008 Seite 12.

Bezugsrecht der Altaktionäre nach. Die haben ja eh nichts mehr zum Einbringen nach den strangulierenden Verlusten des letzten Halbjahres und die noch vor einem halben Jahr so verteuerten und gefürchteten Staatsfonds könnten dann einsteigen und die Kapitalnot lindern. Sie werden Eigentum am westlichen Produktivvermögen erwerben, mit den Geldern die ursprünglich einmal

Möglichkeit und Gefahren von Staatsfonds

Im Sommer 2007, als man von der Finanzmarktkrise noch nichts wußte, hat man sie verteuert. Meinungsmache im Auftrag des US-Kapitals und US-Imperiums. Erster Erfüllungsgehilfe in Deutschland war Roland Koch. Jetzt ist die Armada der angloamerikanischen Großkapitalisten froh, wenn diese Staatsfonds aus Asien und Arabien sich einbringen und die überlebensnotwendigen Gelder zur Verfügung stellen. Was also ist von diesen [Staatsfonds](#) zu halten?

Staatsfonds aus Sicht der USA und der EU – Kommission

Die Europäische Kommission hat der Forderung nach neuen gesetzlichen Vorgaben für außereuropäische Staatsfonds eine klare [Absage](#) erteilt. [Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy](#) sieht keinen Grund, neue Regeln für Investitionen staatlich kontrollierter Fonds in Europa aufzustellen. Mehr noch: EU-Wirtschaftskommissar Joaquín Almunia warnte die EU-Staaten vor der Errichtung willkürlicher Hindernisse für Staatsfonds.

Die Kommission reagiert damit auf die wachsende Kritik an staatlich kontrollierten Investoren aus Russland, China oder den arabischen Ölstaaten in einigen EU-Staaten. Dabei spielt auch eine Rolle, daß damit politische Zwecke verfolgt werden könnten. [Kommissionspräsident José Manuel Barroso](#) sagte, die EU müsse offen für Kapital bleiben. „Staatsfonds stehen nicht wie der große böse Wolf vor der Tür.“ Sie hätten vielmehr zuletzt geholfen, die Finanzmärkte zu stabilisieren, indem sie für Liquidität gesorgt hätten, sagte [McCreevy](#).

Die Citibank und die ebenfalls unter der Hypothekenkrise leidenden Banken Merrill Lynch und Morgan Stanley haben Kapitalspritzen von arabischen und asiatischen Staatsfonds erhalten sagt McCreevy – und übersieht, daß es sich dabei um US-Banken handelt.

Das [amerikanische](#) Finanzministerium hingegen drängt auf Richtlinien für Staatsfonds aus Asien und dem Nahen Osten, die jüngst stark in angeschlagene amerikanische Banken investiert hatten. Das Ministerium will den Fonds das Versprechen abringen, daß sie ihr Vermögen nicht für politischen Einfluß nutzen. Doch was ist denn in diesem Zusammenhang ein politischer Einfluß z.B.?

Bislang haben Staatsfonds nicht mehr als 10 Prozent der Anteile von amerikanischen Banken erworben. Eine höhere Beteiligung würde eine Prüfung unter nationalen Sicherheitsaspekten auslösen. Man vergleiche diese Regelungen mit der Tatsache, daß die größte deutsche Bank, die Deutsche mit mehr als 50% in ausländischem Eigentum ist.

Private Equity Spekulanten ist es wurst wer ihnen das Geld gibt

Die Banken sind infolge der Finanzmarktkrise klamm geworden. Sie können den Firmenjägern momentan keine Kredite mehr geben. Weltweit haben die Banken seit dem Beginn der Kapitalmarktkrise im vergangenen Juli immer noch [Akquisitionskredite](#) von rund 200 Milliarden Dollar. Früher haben sie diese gebündelt und weiterverkauft. Das geht nicht mehr seit dem Beginn der Finanzmarktkrise. Keiner kauft ihnen solche Papiere mehr ab.

Doch die Firmenjäger holen sich jetzt die Mittel zum Aufkauf von Unternehmungen von den gescholtenen Staatfonds. Die Jagd kann weiter gehen!

Sarkozys Industriepolitik vs. Globalisierung

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat bei der Einweihung des jüngsten Hochgeschwindigkeitszuges von Alstom, AGV, ein leidenschaftliches Plädoyer für eine staatliche [Industriepolitik](#) abgegeben. Die Rettung von Alstom durch staatlichen Einstieg vor vier Jahren sei richtig gewesen, weil das Unternehmen damit vor Siemens bewahrt worden sei.

Ich bin für Wettbewerb, doch er muss loyal sein.“ Der Kauf von Alstom-Aktien durch den Staat sei ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der französischen Industrie gewesen.

Sarkozy will künftig überall dort, wo industrielle Arbeitsplätze verlorengehen, aber Geschäftschancen bestehen, staatlich eingreifen.

Er forderte die Banken auf, unternehmerische Projekte zu finanzieren, anstatt auf kurzfristige Gewinne an den Finanzmärkten zu setzen.

Offene Märkte will er nur zulassen, wenn ausländische Unternehmen in ihrer Heimat ebenfalls internationale Konkurrenten zulassen. „Wenn Bombardier in Frankreich eine Chance haben will, dann muß auch Alstom in Kanada offenen Wettbewerb vorfinden.“

Anstelle der französischen Namen und Interessen bräuchte man hier nur die entsprechen deutschen einzusetzen.